



## Eine Ära geht zu Ende



Evelyne Bermann war 10 Jahre engagiertes Mitglied des Kulturbeirats – der neuen Kulturstiftung wird sie nicht mehr angehören. [Seite 3](#)

## Eine verpasste Chance?

Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der auch von uns Anstrengungen fordert. Allein solche AusländerInnen vorbehaltlos aufzunehmen und zu integrieren, die volkswirtschaftlichen Nutzen und Selbstversorgung bis zur Bahre garantieren können, ist diskriminierend und ungerecht. [Seite 4](#)

## Karin Jenny **Des Landtags neue Kleider**

Das neue Landtagsgebäude ist nicht ganz unumstritten. Wegen der Kosten (ca. 43 Mio. Franken); der Architektur (Spitzgiebel) und der Symbolik, die ihre Anleihe in der Antike nimmt und nicht zuletzt wegen der Mauer entlang der Äulestrasse, die das Werk abrunden sollte. Die Mauer liess das Ganze für den Architekten zu einem «Gesamtkunstwerk» werden und wurde damit jeder kritischen Bewertung entzogen. Denn ein Gesamtkunstwerk nicht gut zu finden, ist kulturpolitisch ein Tabu.

Die 25 VolksvertreterInnen sollen mehr Platz bekommen und einen Raum, der ihrer Bedeutung für die Demokratie entspricht. Eine nette Vorstellung. Landtagspräsident Wanger konnte sich diesen Hinweis nicht sparen, als er die Landtagsabgeordneten nach der Dezembersitzung aus den engen Verhältnissen in eine visionäre Zukunft entliess. Warum wohl ausgerechnet in dem Moment sein Satz von anno 2003 so präsent war? «Ohne Fürsicht simer...»... Würscht ... oder nüt ... oder nix oder so ähnlich ...

[Fortsetzung Seite 2](#)



Das Foyer: Wandelhalle oder Krypta?

Und dann fällt einem noch etwas ein. «Die Oligarchen», «die Monarchieabschaffer», «die gewissen Kreise» – ein Teil davon sitzt ja immer noch im Landtag; nicht alle, das stimmt schon, die meisten sind ja recht angepasst, aber eben ... ob der neue Raum das Demokratiebewusstsein ändert? Ob es weiterhin reichen wird, wenn die Regierung mit von oben abgesegneten Vorstellungen vom geregelten Leben im Landtag ankommt? Oder wird dann der Landtag in seinem neuen Kleid ein anderes Selbstbewusstsein haben? Soll ja vorkommen, dass einer im Smoking oder eine im kleinen Schwarzen plötzlich eine Wandlung vollzieht. Werden sie sich dann, wenn sie in der neuen Runde einander ansehen müssen, daran erinnern, warum sie dort sitzen?

Werden sie einander weiterhin die Butter vom Partebrot nehmen wollen oder kritisch hinschauen, ob das wirklich für das Volk immer das Beste ist, was aus der Fünferreihe kommt? Werden dann die Landtagsabgeordneten auch Gesetzesvorstösse wagen, die ungefähr so radikal sind wie das totale Rauchverbot? Etwa Null Promille für AutolenkerInnen – kein Betrunkener ist nur für sich selbst eine Gefahr; oder das Verbot von dicken Autos, die nicht nur die Luft verpesteten; oder das Verbot andere zu kriminalisieren, weil sie ein Recht auf Selbstbestimmung haben wollen ... die Reihe liesse sich fortsetzen.

#### Nur ein neues Kleid

Die Demokratie zu stärken, hiesse, dass der Landtag mehr Gesetzesinitiativen startet und nicht darauf wartet, bis die Regierung zurechtgestutzte Vorlagen bringt. Sie zu stärken, hiesse weniger Kapitalismus und mehr sozialen Ausgleich im Auge zu behalten – denn dass der Turbokapitalismus, der mehr und mehr die Politik beeinflusst, der Demokratie abträglich ist, dürfte selbst uns nicht verborgen geblieben sein. Es steht zu befürchten, dass die Demokratie mit dem neuen Landtagsgebäude nicht gestärkt werden wird.

Realistischer wäre schon, zu fordern, dass man die Landtagssitzungen künftig live miterleben kann – die überdimensionale Kommandozentrale im Keller der «Urhütte» müsste das bisschen Technik, das dafür notwendig ist, locker aufbringen. Das politische Interesse würde schlagartig zunehmen, weil es einfacher und interessanter wäre, die Landtagsabgeordneten in ihrer Gestik, Mimik und ihrem Engagement einschätzen zu können. Spannender als der langweilige Sing-Sang mancher Standbild-Monologe. Meinungsbildung wäre jedenfalls so eher möglich, als sich am nächsten Tag mit einseitig parteipolitisch gefärbter Berichterstattung ein Bild machen zu müssen. Damit könnte man die Demokratie stärken. Wenn man will.

#### (K)eine Frage des Geschmacks

Es ist reines Schönreden, wenn einer darlegt, dass dieses «Gesamtkunstwerk» den Landtag aufwerten könne. Die Landtagsabgeordneten werden lediglich mehr Platz bekommen. Allein die Fraktionszimmer sind so grosszügig, als habe man es mit drei Fraktionen von mindestens 60 Leuten zu tun. Für die Öffentlichkeit wird der Platz weiterhin begrenzt sein, die Höhe (18 m Luft bis zum Giebel) blieb dafür ungenutzt; es gibt keinen Raum für mehr Demokratie.

Konzeptionelle Details dieses Hohen Hauses verweisen mehr aufs Design als aufs Dasein. Die Wandelhalle als Foyer erinnert mehr an eine Krypta als an ihr grösseres Vorbild. Für eine Wandelhalle mit vielen Säulen hängt die Decke zu tief, die Säulen sorgen offenbar dafür, dass sie einem nicht auf den Kopf fällt. Man wollte «Stille», «Kontemplation» und «Zeitlosigkeit» – ganz so als ob das neue Landtagsgebäude ein Tempel sei.

#### Am Platz der Dreifaltigkeit

Diese Symbol-Überfrachtung findet draussen vor der Türe seine Fortsetzung. Eine deutsche Eiche musste herangekarrt werden. Der Ausdruck eines modernen, demokratischen Staates? Mutiert das Regierungsviertel zum «Klosterviertel»? Eingeraht von einer überdimensionalen Mauer und kaum wahrnehmbar noch ein «Klostergarten», 52 Büsche und zwei oder drei bescheidene Sitzgelegenheiten. Wie wird das, wenn die Büsche blühen oder grünen? Blickt man dann überhaupt noch durch? Der Platz zwischen Mauer und Regierungsgebäude, von Süden kommend, eine herrschaftliche Anordnung, streng abgegrenzt. Dorthin, wo das Volk vorbeifährt oder geht. Abgeschildert und steril breitet sich die Dreifaltigkeit Schloss, Landtags- und Regierungsgebäude vor dem staunenden Flaneur aus und er wird, wie er sich dabei fühlt: Auf diesem riesigen Platz ohne Kontakt zum vorbeifliessenden Leben – klein und mickrig. Ist das die wirkliche Botschaft?

## Karin Jenny **Eine Ära geht zu Ende**

**Evelyne Bermann war 10 Jahre engagiertes Mitglied des Kulturbeirats – der neuen Kulturstiftung wird sie nicht mehr angehören. Ein Interview mit Evelyne Bermann zum besseren Verständnis, was der Kulturbeirat war und die neue Stiftung vielleicht sein wird.**

### **Was hat sich in diesen 10 Jahren verändert – im Kulturbeirat, in der Kulturszene?**

Unter dem Präsidenten Arnold Kind hat sich der Kulturbeirat geöffnet. Dieser Weg der Öffnung und der Professionalisierung wurde konsequent weiterbeschritten. Ein Geschäftsführer musste der Regierung mühsam abgerungen werden, diese Stabstelle Kultur wurde jedoch rasch mit Aufgaben im europäischen Bereich betraut. Der zweite Präsident, mit dem ich zusammenarbeiten durfte, Dipl. Ing. Josef Braun, hat insbesondere die Beratung der Kulturschaffenden ausgebaut, der Zeitaufwand wuchs stetig an, es kam ein Sekretariat dazu.

Dieser Prozess spiegelt den Wandel der Kulturszene. Die tiefgreifendste Änderung ist die Entwicklung vom Kulturschaffen in der Freizeit zu einem beachtlichen professionellen Segment. War früher die Förderung in erster Linie darauf ausgelegt, entstehende Zusatzkosten zu bezahlen, gibt es heute viele voll ausgebildete Kulturschaffende.

Liechtenstein hat heute eine recht breite Profiszene. Sie umfasst Musik und Bildende Kunst in vielen Sparten, Komposition, Literatur, Theaterpädagogik, Regie und Schauspiel, Choreografie und Tanz, Foto, Film und neue Medien. Zu deren Erhalt ist es wichtig, dass die Kulturschaffenden nicht nur für sondern auch von ihrer Kunst leben können.

### **Viele können sich unter dem Kulturbeirat nichts vorstellen, ausser dass er «gnädig» das Geld unter den Kulturschaffenden verteilt? War das so?**

Obwohl kein gesetzlicher Anspruch auf Förderung besteht, kann von Gnade keine Rede sein. In vielen Grundsatzdiskussionen hat der Kulturbeirat Mindestanforderungen sowie nachvollziehbare Kriterien für die Förderungswürdigkeit von Projekten festgelegt. Auch die Sammlung des

Kulturbeirates, bestehend aus Werken des zeitgenössischen Liechtensteinischen Kunstschaffens, erhielt einen klaren Zweckartikel. Damit haben wir uns einerseits selbst einen Rahmen gegeben, andererseits wurde Transparenz für die Antragsstellenden geschaffen. Dazu gehörte ab 2003 auch der öffentliche Jahresbericht mit detaillierten Zahlen.

### **Was waren für dich die Highlights in diesen 10 Jahren?**

Meine Höhepunkte waren natürlich Projekte, bei denen ich persönlich engagiert war. In den 10-jährigen Kulturaustausch mit Berlin, in dessen Sog Liechtensteinische Kunstschaffende auch Arbeitsaufenthalte in Berlin absolvierten, habe ich viel Energie investiert. Die Krönung dieser Aktivitäten war im September 2006 die Eröffnung Liechtensteiner Künstlerateliers in Berlin.

Ein ganz wichtiges Highlight ist der Kunstraum Engländerbau. Im richtigen Moment konnte ich den entscheidenden Kick dafür geben, dass dieser tolle Raum – vielen anderen Aspiranten zum Trotz – dem zeitgenössischen Kunstschaffen in Liechtenstein gewidmet wurde. Diese Ausstellungen auf hohem Niveau sind eine Kette von Höhepunkten.

### **Nun wird der Schritt vom Beirat zur Stiftung vollzogen. Wo liegen die Vor- und Nachteile dieser neuen Form?**

Angesichts der enormen Bedeutung des kulturellen Schaffens ist es sicher richtig, ein Fachgremium zu schaffen. Dem Beispiel anderer Länder folgend siedelt nun auch Liechtenstein die Kulturförderung ausserhalb der staatlichen Verwaltung und an. In meiner Zeit sind die FL-Regierungen den Anträgen des Kulturbeirates allerdings fast immer gefolgt. Längerfristig kann der Stiftungsrat jedoch ein eigenes Profil entwickeln.

Die Erfahrungen und die Spruchpraxis des Kulturbeirates sind sehr stark in das neue Gesetz eingeflossen, es sollte daher kein radikaler Schnitt werden. Der spürbarste Vorteil für die Antragsstellenden liegt sicher in der Beschleunigung der Abläufe, da viel Verwaltungsaufwand entfällt. Die Jahresbeiträge von Vereinen werden an Leistungsvereinbarungen geknüpft, auch der Rekursweg ist klarer geregelt.

Andererseits gehen Synergien verloren. Wenn die Regierung kaum mehr eingebunden ist, könnte das auch negative Auswirkungen auf die Finanzen der Stiftung haben. Je umfangreicher, professioneller und technisch aufwändiger die Kulturprojekte werden, desto mehr steigt der Bedarf an Förderung.

Neu werden auch die beiden privaten Kulturträger TaK und Historischer Verein über die Kulturstiftung Liechtenstein gefördert. Dadurch kommt dem Stiftungsrat eine immense Machtfülle zu, die Auswirkungen bleiben abzuwarten.

### **Deinem Nachfolger im Stiftungsrat, Stefan Sprenger, hast du drei Stäbe übergeben, unsere LeserInnen interessiert sicher, welche Wünsche du damit verbunden hast ...**

Mit dem gelben Stab habe ich ihm Gedankenblitze und erhellende Erkenntnisse gewünscht. Der kühle Blaue steht für die Gelassenheit, auch Kulturaktivitäten mitzutragen, die er selber nicht frequenziert. Der rote Stab möge ihm ausreichend Energie verleihen, seine Ideen auch umzusetzen und rot symbolisiert die Liebe. Ich wünsche mir, dass Stefans Herz immer für die reichhaltige Kulturlandschaft Liechtensteins schlagen wird.

## Claudia Heeb **Eine verpasste Chance?**

**Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der auch von uns Anstrengungen fordert. Allein solche AusländerInnen vorbehaltlos aufzunehmen und zu integrieren, die volkswirtschaftlichen Nutzen und Selbstversorgung bis zur Bahre garantieren können, ist diskriminierend und ungerecht.**



**Vertrauen als Grundlage der Integration.**

Genau das sieht aber das neue Ausländergesetz vor und steht damit im Widerspruch zum propagierten Integrationsziel der Chancengleichheit und umfassenden Teilhabe der MigrantInnen am wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben Liechtensteins.

Das neue Ausländergesetz schafft zwei Klassen von AusländerInnen: auf der einen Seite die Minderheit der sogenannten Drittstaatsangehörigen, für die allein die-

ses neue Ausländergesetz gilt, und auf der anderen Seite die AusländerInnen aus dem EWR und der Schweiz, deren Aufenthaltsrechte über das EWR Abkommen und die Vaduzer Konvention geregelt sind.

### **Volkswirtschaftlicher Nutzen als Maxime**

Die Drittstaatsangehörigen werden auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen reduziert. Kommen darf, wer gut bis sehr gut qualifiziert ist, dessen Alter und Sprachkenntnisse gute Integrationschancen versprechen und – ganz wesentlich – wer genügend Geld hat, um zu gewährleisten, dass er keine Sozialhilfe benötigt. Gleichzeitig berücksichtigt das Gesetz auch die Bedürfnisse der Arbeitgeber nach weniger qualifizierten Arbeitskräften, die nicht als PendlernInnen rekrutiert werden können. So sollen z.B. Au Pair Verhältnisse, landwirtschaftliche PraktikantInnen oder Hauspflegepersonal über «wichtige öffentliche Interessen» ins Land geholt werden können, auch wenn sie die neuen Bewilligungsvoraussetzungen nicht erfüllen. Die Nachfrage nach Spezialisten und Führungskräften wiederum, denen man z.B. nicht zumuten kann oder will, dass sie oder ihre Familienangehörigen Deutsch lernen, können die Unternehmen über das WTO Abkommen abdecken. Es ermöglicht ihnen, solche Drittstaatsangehörige ohne Berücksichtigung des Inländervorrangs für maximal 3 Jahre ins Land zu holen. Den Interessen der Arbeitgeber wird mit dem geplanten Gesetz also bestens Rechnung getragen.

### **Wie aber steht's mit den Bedürfnissen der Drittstaatsangehörigen?**

Wenn sie die hohen Zulassungshürden gemeistert haben, können sie zwar ihre Familie schon als Aufenthalter nachziehen und schon nach 5 Jahren eine Niederlassung beantragen, das grosse „Aber“ liegt jedoch in den an den Familiennachzug und die Niederlassung geknüpften Bedingungen.

Ein Recht auf Familiennachzug haben nämlich nur die Drittstaatsangehörigen, die garantieren können, dass sie und ihre Familienangehörigen keine Sozialhilfe in Anspruch nehmen werden. Die nachziehenden Ehegatten müssen bereits bei der Einreise einfache Deutschkenntnisse vorweisen. Auch wird Familie viel enger definiert als beispielsweise für EWR- und Schweizer-BürgerInnen (nur in absteigender Linie). Für die Niederlassung braucht es den Nachweis eines Staatskundekurses und entsprechender Deutschkenntnisse und wiederum gesicherte finanzielle Verhältnisse.

Längerfristig bleiben dürfen schliesslich nur die, die nicht negativ auffallen und wirtschaftlich von Nutzen sind. Die Bewilligung zum Aufenthalt kann nämlich widerrufen werden, wenn jemand mehr als sechs Monate arbeitslos ist, auf Sozialhilfe angewiesen ist oder die Integrationsvereinbarung nicht eingehalten hat. Berücksichtigt man, dass oft gerade Drittstaatsangehörige auf dem Arbeitsmarkt Diskriminierungen erfahren und schneller arbeitslos und sozialhilfeabhängig werden, so ist das doppelt hart. Sogar der Niedergelassene kann sein Bleiberecht verlieren, sollte er dauerhaft und in erheblichem Masse von

Sozialhilfe abhängig oder straffällig geworden sein (unbedingte Verurteilung).

#### **Die Integrationsvereinbarung als Sanktionsinstrument statt als Anreiz**

Wer als Drittstaatsangehöriger den Aufenthalt will, ist verpflichtet eine „Integrationsvereinbarung“ abzuschliessen, die den Erwerb von Grundkenntnissen der Sprache, Rechtsordnung und Staatskunde vorschreibt. Wird die Integrationsvereinbarung nicht eingehalten, kann die Aufenthaltsbewilligung entzogen werden. Eine Vereinbarung, die so einseitig ist, dass man ehrlicherweise besser von einer Verfügung spricht. Eine Integrationsvereinbarung als Kann-Bestimmung und im Sinne eines Anreizes zu rascher Integration käme einer Vereinbarung wohl näher.

Die Bestimmungen im neuen Gesetz zur Missbrauchsbekämpfung und zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bauen auf Misstrauen und rücken den Missbrauch ins Zentrum, was letztlich eine negative, abwehrende Haltung gegenüber Drittstaatsangehörigen zementieren hilft.

#### **Gleichstellungsorientierte Ausländerpolitik**

Liechtenstein machte sich im vergangenen Jahr der Chancengleichheit für den Abbau

jeglicher Diskriminierungen stark. Es ist nicht nachvollziehbar, warum wir nun ein Ausländergesetz mit diskriminierendem Ansatz schaffen. Sich auf die Schweizer Vorlage zu berufen, macht die Sache nicht besser, denn erstens stösst das neue Ausländerrecht auch in der Schweiz nicht auf ungeteilte Zustimmung und zweitens ist unsere Vorlage in entscheidenden Bereichen noch restriktiver.

Die Chance für ein Gesetz, das menschlicher ist und mehr Rechtsgleichheit schafft, ist jedoch noch nicht vertan. Dass ein so kleines Land wie Liechtenstein nicht ohne Begrenzung der Zuwanderung auskommt, ist nachvollziehbar. Wer sich jedoch legal im Land aufhält, für den sollte der Grundsatz der Gleichbehandlung gelten. Nur eine Gleichbehandlung der Drittstaatsangehörigen mit den übrigen im Land lebenden AusländerInnen und eine weitgehende Gleichstellung mit den InländerInnen entspricht einer Integration im Sinne von Teilhaben und Chancengleichheit.

Stellungnahme der Freien Liste  
unter [www.freieliste.li](http://www.freieliste.li)

## Pressespiegel

«Wenn es politisch dienlich ist, folgt die VU der FL. [...] Deutlich kam einmal mehr zum Ausdruck, dass unser Land zwei Koalitionen parallel führt. Die Koalition von FBP und VU auf dem Papier und Weiss-Rot im Landtag.»

Marcus Vogt, Volksblatt 2.5.2007

«Die Schlagzeilen, die von der VU-Fraktion im Landtag für das Liechtensteiner Vaterland produziert wurden, springen ins Auge. Mit grossen Buchstaben über ein vermeintliches Zusammengehen von FBP und FL erinnern die Titel daran, dass die VU im Wahlkampf 2005 mit ihrer Taktiererei über mögliche Koalitionen eine klare Absage erhielt. Will man jetzt nach diesen Erfahrungen der FBP etwas andichten, was es nicht gibt ...»

Marcus Vogt, Volksblatt 15.12.2007

«Es ist schon erstaunlich, wie nahe sich die FBP und FL in gesellschaftspolitischen Fragen plötzlich kommen, wenn es darum geht, aus parteipolitischer Profilierungssucht konstruktive Ideen der VU zu verhindern.»

Günther Fritz, 15.12.2007

**Da soll noch einer sagen, die FL sei nicht koalitionsfähig.**

Wachsende Grenzen des Wachstums.

Wirtschaft Regional, 15.12.2007

**Irgendetwas muss ja wachsen...**

## Wahlkampfstimmung bei der VU?

Die Freie Liste hat an der Landtagssitzung im Dezember 07 die Motion der VU, nämlich einen Finanzbeschluss für das Schulzentrum Unterland II (SZU II) zu sprechen, abgelehnt. Nun ist das so angekommen, als ob die Freie Liste generell gegen das SZU II sei. Mehr Klarheit versprechen wir uns durch ein Interview mit dem Landtagsabgeordneten Pepo Frick.



«... Für eine unausgelegene Sache kann ich nicht guten Gewissens 50 Mio. Franken sprechen... »

**Der Finanzbeschluss für das SZU II wurde auch mit Stimmen der FL aufgeschoben. Was war der Grund für das Nein zu den Begehrlichkeiten der VU?**

Die Roten führen Wahlkampf und mit dem SZU II glauben sie, ein heisses Thema gefunden zu haben. Sie wollten 50 Mio. Franken für ein Projekt sprechen lassen, für das es bis heute noch keinen detaillierten Kostenvoranschlag gibt. Zudem deuten alle Faktoren darauf hin, dass die Schülerzahl in den nächsten Jahren abnehmen wird. Grundsätzlich aber kann ein so hoher Betrag nicht für ein Projekt gesprochen werden, für das noch kein Regierungsantrag vorliegt.

**Müsste nicht der Bau des SZU II auf Kosten einer der fünf Zentren im Oberland gehen?**

Es gibt keinen Vertrag mit dem Schulstandort St. Elisabeth in Schaan über das Jahr 2015 hinaus. Im Moment haben Unterländer Sekundarschüler Platz in Eschen. Baut man in Ruggell ein Schulzentrum, werden wohl Schüler aus Schaan nach Ruggell fahren (müssen). Ist daran gedacht, St. Elisabeth zu schliessen, um SchülerInnen fürs Unterland zu rekrutieren? Und wenn ja, warum redet niemand darüber. Ein weiteres Argument ist, dass noch sehr viele Fragen in Bezug auf die SPES-Entwicklung offen sind. Ich bin daher nicht unglücklich, dass SPES sich weiter entwickeln kann, bevor über ein SZU II endgültig entschieden wird. Dann wird man auch definitiv wissen, welche Art von Profilschule möglicherweise in Ruggell zu verwirklichen sein wird.

Die VU drückte einst mit ihrer Landtagsmehrheit den Schulstandort Mühleholz II durch, sodass wir heute vor der Situation stehen, ein Überangebot im Oberland zu haben. Nun will die VU auf Biegen und Brechen das SZU II durchsetzen, ohne zu wissen, wohin die Reise geht.

Generell gibt es Kommunikationsprobleme zwischen den Koalitionspartnern. Wie kann es sein, dass FBP-Regierungschef Hasler als Ressortinhaber Bauten davon spricht, dass es unmöglich ist, bis März 2008 entsprechende planerische Grundlagen für ein SZU II vorzulegen und VU-Re-

gierungsrat Quaderer, zuständig für Bildung davon nichts weiss. VU und FBP bilden eine Koalitionsregierung und entscheiden gemeinsam – oder kommen diese Entscheide bei der VU nicht an? Ich kann leider nichts anderes als Wahlkampf darin sehen, wenn man nun um alles in der Welt ein Projekt durchboxen will, was weder durchdacht, noch von der Regierung als spruchreif taxiert worden ist.

**Hast du Verständnis dafür, dass das Unterland ein Schulzentrum möchte?**

Selbstverständlich hab ich Verständnis, schon allein, weil es ein Ungleichgewicht zwischen Unter- und Oberland gibt. Aber für eine unausgelegene Sache kann ich nicht guten Gewissens 50 Mio. Franken sprechen. Wenn der Bildungsminister insistiert und mir glaubhaft versichern kann, dass wir auch im Zuge der SPES-Entwicklung in naher Zukunft ein SZU II brauchen, bin ich dabei.

**Stimmst du auch zu, wenn das St. Elisabeth statt dessen geschlossen würde?**

Wenn man das will, dann soll man das offen aussprechen. St. Elisabeth ist eine gut funktionierende Schule der richtigen Grösse. Wenn diese Schule geschlossen werden soll, damit wir die Oberländer ins Unterländer Schulzentrum schicken können, dann will ich eine öffentliche Diskussion und das Thema transparent kommuniziert wissen.

## Berggasthof Sücka

Der gemütliche Treffpunkt beim Steg. Im Sommer und Winter ein Vergnügen.

[www.suecka.li](http://www.suecka.li)



Beate Frommelt  
Visuelle Gestalterin FH  
Jahrgang 1973  
Absolventin der Hochschule für Design  
und Kunst im Fachbereich Illustration  
Lebt und arbeitet in London und Zürich.

## Heimat

Regierungschef Hasler hat das «Jahr der Heimat» ausgerufen und wir möchten mit unserer «weissen Seite» Anregungen zum Thema Heimat geben. Wir werden im Jahr 2008 diese Seite KünstlerInnen, Kulturschaffenden, KulturvermittlerInnen, etc. zur Verfügung stellen, um darzustellen, was für sie «Heimat» ist und hoffen damit, das Fühlen, Denken und Reden über Heimat offener zu gestalten. Wir sind selbst neugierig auf die Beiträge, die uns zugesichert wurden. Für unsere LeserInnen wird das fl-Info damit um einen Aspekt spannender. Ein Grund mehr, das fl-Info zu sammeln.

## Für Familien

Mit der mehrheitlichen Zustimmung zur FL-Motion «Kinderabzug» verpflichtete der Landtag die Regierung, bei der nächsten Abänderung des Steuergesetzes den Kinderfreibetrag in einen Kinderabzug von der Steuerschuld umzuwandeln.

Von dieser Umstellung werden Familien bis zu einem jährlichen Einkommen von ca. 150'000 Franken profitieren. Damit hat die Freie Liste einen relevanten Beitrag zur Entlastung von Familien geleistet.

## Veranstaltungen der Freien Liste

Am 28. Januar 2008 findet um 19.30 Uhr im Seminarraum des Schaanerhofs eine Diskussionsveranstaltung statt, zu der alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Wir lernen verschiedene Modelle der Trennung von Kirche & Staat kennen und diskutieren, welche Lösung wohl für Liechtenstein «ideal» wäre.

## Wussten Sie, dass ...

- ... nach einer Studie des Eidgenössischen Instituts für Schnee- und Lawinenforschung Davos heute 19 % der Skipisten in der Schweiz technisch beschneit werden?
- ... 0,6 % des Energiebedarfs des gesamten Davoser Stromverbrauchs zur Produktion von Kunstschnee verwendet werden?
- ... nach der gleichen Studie der Wasserverbrauch bis zu 30 % des Davoser Gesamtverbrauchs ausmacht?
- ... bisher noch niemand ähnliche Zahlenbeispiele zum Malbun angestellt hat?
- ... gute alte Glühbirnen etwa 95% der verbrauchten Energie in Wärme umwandeln, aber nur 5% in Licht? Mit anderen Worten: Glühbirnen sind leuchtende Elektroheizungen.
- ... ein einziges Windrad Strom für rund 1000 Haushalte produziert? In Österreich versorgen rund 600 Windkraftwerke etwa 550 000 Haushalte mit sauberem Strom.



**Werden Sie Mitglied bei der Freien Liste – der Partei, welche die nackte Wahrheit nicht scheut.**

**Anmeldemöglichkeit: [www.freieliste.li](http://www.freieliste.li)**